

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 10/2012 vom 25. Oktober 2012, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler, Susanna Ernst Wyss, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadträte Piero Catani, Peter Fahrni, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Daniel Schenk und Simon Schweizer
Schluss der Sitzung	18.40 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden, insbesondere die Schulkasse von Reto Müller des Gymnasiums Thun-Schadau.

Der Rat wählt als Ersatz für den abwesenden Serge Lanz (FDP) einstimmig Christine Buchs (FDP) als Stimmzählerin.

62. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 20. September 2012

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass auf Seite 175 des Protokolls im Votum von Martin Allemann das Wort „arbeitgeberfreundlichere“ durch „arbeitnehmerfreundlichere“ zu ersetzen sei.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, bestätigt dies.

Das Protokoll wird **vom Rat** inklusive dieser Korrektur einstimmig genehmigt.

63. Neue Leistungsvereinbarung mit dem Verein Thun-Thunersee Tourismus

Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von CHF 300'000 (Barbeitrag) für die Jahre 2013 bis 2015

Bericht des Gemeinderates Nr. 17/2012

Stadtpräsident Raphael Lanz hält fest, dass es ursprünglich zwei Partnerorganisationen auf dem Platz Thun gab und diese im gleichen Bereich tätig waren. Der Gemeinderat habe eigentlich nur noch mit einer Organisation einen Vertrag abschliessen wollen. Die Fusion ist richtig. Die Anstrengungen für die effizientere Organisation soll mit einer moderaten Erhöhung um 50'000.00 Franken entlohnt werden. Die Kooperation Thun Thunersee Tourismus mit Interlaken Tourismus ist zustande gekommen. Es ist davon auszugehen, dass der Präsident von Thun Thunersee Tourismus, Stadtrat Peter Dütschler, sich dazu noch äussern wird. Für die Leistungsvereinbarung hat diese Entwicklung keine direkte Wirkung, da es immer noch um die gleiche Organisation und die gleichen Leistungen geht. Entscheidend ist, dass mit effizienteren Strukturen die Wirkung im Tourismus grösser sein kann. Der Gemeinderat sieht die Vereinbarung als Chance. Es handelt sich um eine befristete Vereinbarung, die Wirkung wird kontrolliert werden. Vor Ablauf der drei Jahre wird man hoffentlich sagen können, dass die Wirkung zufriedenstellend ist und man so weiter machen kann. Drei Jahre sind ein sinnvoller Zeitraum.

Konrad Hädener, **SAKO P+F**, ist der Meinung, dass die Trägerschaften und Strukturen der Tourismusorganisationen bis anhin nicht befriedigend waren. Die historisch gewachsenen Tourismus-Trägerschaften rund um den Thunersee waren aus heutiger Sicht zu verzettelt. Die Reformation dieser Strukturen war nicht einfach. Es brauchte politischen Druck in Form der Kürzung der jährlichen Beiträge, um diese Änderung anzugehen. Die Fusion der beiden Vertragspartner ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber kein abschliessender Schritt. Die SAKO begrüsst die Entwicklung. Es gab einen wirtschaftlichen Einbruch im Tourismus in der Region, dagegen muss etwas unternommen werden. Die Fusion bewirkt einen Synergiegewinn, deshalb war die Erhöhung des Beitrages für die SAKO zuerst nicht nachvollziehbar. Die SAKO liess sich aber überzeugen, dass eine Ausweitung der Marketingaktivitäten notwendig ist. Eine moderate Erhöhung stellt ein politisches Signal dar. Die SAKO empfiehlt bei einer Abwesenheit und einer Enthaltung durch Peter Dütschler aus offensichtlichen Gründen [Präsident Thun Thunersee Tourismus] die Genehmigung der wiederkehrenden Ausgabe.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, weist darauf hin, dass sich die Fraktion dem vorangehenden Votum und damit der Haltung der SAKO anschliesst.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, ist überzeugt, dass es in die richtige Richtung geht. Er wäre nicht bereit gewesen, in die vorher vorhandenen Strukturen mehr Geld zu investieren. Die Fusion zu Thun Thunersee Tourismus war eine sehr langwierige Angelegenheit, aber Michael Roschi, Direktor Thun Thunersee Tourismus, konnte die beiden Kulturen verbinden. Herr Dütschler ist froh, dass die Neuigkeit über die engere Marketingzusammenarbeit mit Tourismus Organisation Interlaken (TOI) schon vor der heutigen Sitzung publiziert wurde. Diese geplante engere Zusammenarbeit tangiert die heutige Vorlage nicht, sondern ist der nächste logische Schritt einer effizienten Marktbearbeitung.

Thun ist im Tourismus nicht stark, Interlaken dagegen lebt davon. Interlaken hat im Tourismus deshalb ein höheres Niveau. Die Leistungsträger sind der Meinung, dass es eine gute Lösung ist.

Zurück zur Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Thun und Thun-Thunersee Tourismus: Man könnte noch mehr lokale Tourismusvereine um den Thunersee auf dieselbe Art integrieren. Thun zahlt nach der Integration am meisten ein, erhält dafür aber auch mehr Leistungen. Alle anderen Vereine rund um den See zahlen den Basis-Mitgliederbeitrag von 80 Rappen pro Logiernacht. Die Organisation hat die 300'000 Franken verdient, sie bringt Thun weiter. Die FDP-Fraktion stimmt einstimmig zu.

Heinz Schürch, **SVP-Fraktion**, zeigt ein nostalgisches Plakat der Region Thun. Interlaken und Thun waren schon damals eine Einheit. Als ehemaliger Touristiker weiss Heinz Schürch, dass die frühere grössere Organisation effizienter war. Dann kam es zur Verzettelung, die Einzelkämpfer konnten sich nicht sinnvoll vermarkten. Je stärker die Organisation ist, umso mehr Beiträge und umso mehr Mittel hat sie zur Verfügung. Heute sollen um rund 50'000 Franken höhere Beiträge zugesprochen werden. Man ist um jeden Franken mehr froh. Im Bereich Online-Medien stehen grosse Herausforderungen bevor. Der Verein muss die Chance packen und beweisen, dass es möglich ist, mehr Gäste nach Thun zu holen. Wichtig ist auch, dass man an der Front der Leistungsträger etwas investiert. Beispielsweise ist eine Schulung über den Umgang mit Gästen oder eine Aktion, dass jeder Gast, der in Thun übernachtet, gratis Schiff fahren kann, vorstellbar. Auf Seite 5 des Berichts unter Punkt 10 steht, dass jedes Jahr ein Controlling durchgeführt werden soll. Die Stadträte sollen wissen, was mit den 300'000 Franken passiert ist, das ist wichtig. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu, wünscht sich aber eine jährliche Orientierung über die Resultate.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass es heute nur um die Leistungsvereinbarung mit der TTST geht. Das Finanzierungsmodell ist auf den ersten Blick nicht ganz klar, sobald man aber den Mechanismus mit der Kurtaxe verstanden hat, erscheint es sinnvoll. Dem motivierten TTST-Team sollen die Mittel zugestanden werden, um die Region Thun Thunersee zu fördern. Die Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderats in allen Punkten.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, konnte sich in der SAKO P+F intensiv mit dem Geschäft auseinandersetzen. Die Medieninformation von gestern über die Fusion hat ihn überrascht. Eigentlich spielt die Fusion aber in Bezug auf die Leistungsvereinbarung keine Rolle. Wenn mit einer grösseren Organisation eine bessere Wirkung erreicht wird, ist das wünschenswert. Bei der Verschiebung von Arbeitsplätzen muss immer daran gedacht werden, dass Leute betroffen sind. Deshalb muss man die Mitarbeitenden bei der Planung mit einbeziehen, denn man ist vor allem im Tourismus auf motiviertes Personal angewiesen. Die Wertschöpfung ist in der Stadt Thun in anderen Bereichen höher als im Tourismus. Es stellt sich die Frage, ob man die Wertschöpfung auch in den anderen Bereichen steigern kann. Die SAKO wurde informiert, dass diesbezüglich die nötigen Anstrengungen gemacht werden. Im Bereich Tourismus setzt man mit 300'000 Franken ein gutes Zeichen. Die Messung des erzielten Nutzens ist schwierig. Es ist wünschenswert, spätestens im zweiten Jahr einen ausführlicheren Bericht zu erhalten. Die Fraktion stimmt zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, informiert, dass sich die Fraktion intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt hat und der Meinung ist, dass der richtige Weg eingeschlagen wurde. Eine einheitliche und schlagkräftige Organisation ist besser als eine Verzettelung der Kräfte. Es ist erstaunlich, wie viele verzettelte Organisationen noch mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Es braucht mehr Druck, eventuell hat die Kürzung des Beitrages der Stadt in diesem Fall zu diesem Schritt beigetragen. Die Erhöhung des Beitrages um 50'000 Franken jährlich ist schwierig. Früher war es eine ineffiziente Organisation, jetzt entstehen Synergiegewinne und es hat sehr motivierte Leute, deshalb stellt sich die Frage, wieso ein Beitrag von 250'000 Franken wie bis anhin nicht ausreichen soll. Peter Dütschler hat allerdings die Fraktion überzeugt, dass das Geld gut investiert ist. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu, hat aber eine Erwartungshaltung.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, findet auch, dass die Vorlage in die richtige Richtung geht. Auch er hat eine Erwartungshaltung. Er teilt die Ansicht des Stadtpräsidenten, dass die Fusion inhaltlich nichts an der Vorlage ändert. Die Instrumente zur Kontrolle, die dem Gemeinderat zur Verfügung stehen, sind korrekt. Marketing hat viel mit Kommunikation zu tun. In den letzten zwei Tagen war die Kommunikation nicht sehr gut, einige wurden von der Neuigkeit über die Fusion überrascht. Der Wunsch an die neue Organisation und auch an den Gemeinderat ist, dass dies verbessert wird.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, ergänzt zum Thema Schulung: Interlaken hat viel mehr Erfahrung was Schulungen angeht, das bietet sich an. Zur Thunersee Card ist zu sagen, dass man sich damit beschäftigt. Das Problem ist, dass eine solche Thunersee Card etwas kostet und irgendjemand für diese Kosten aufkommen muss. Es wird sicher eine Lösung gefunden. Betreffend Controlling ist Herr Dütschler einverstanden; das ist so vorgesehen. Die Buchhaltung wird hochtransparent geführt. Dass eher spät kommuniziert wurde liegt daran, dass der Zeitdruck gross war. Peter Dütschler wusste erst am Dienstagabend um 22.00 Uhr Bescheid. Mit den Arbeitsplätzen wird sehr vorsichtig umgegangen. Die Fusion hat die Mitarbeitenden verunsichert, dafür möchte sich Herr Dütschler entschuldigen. Es ging aber nicht anders, die Delegiertenversammlung vom 12. Dezember 2012 wurde extra auf den 20. November 2012 vorgezogen, damit rasch Klarheit herrscht.

Stadtpräsident Raphael Lanz bedankt sich für die gute Aufnahme des Geschäftes. Der Gemeinderat selber wurde erst heute durch Thun Thunersee Tourismus orientiert. Es besteht Potential, was die Kommunikation angeht, aber die neu vorhandene Dynamik geht in die richtige Richtung. Man ist froh über die Entwicklung. Der Gemeinderat nimmt den Wunsch nach Kontrolle entgegen und dem wird Rechnung getragen. Die zuständige Sachkommission wird regelmässig informiert werden. Raphael Lanz dankt allen Personen, die sich für die Sache engagiert haben, insbesondere auch Stadtrat Peter Dütschler.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 20. September 2012, beschliesst:

1. Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe von CHF 300'000 (Barbeitrag) der Stadt Thun an den Verein Thun-Thunersee Tourismus zu Lasten der Laufenden Rechnung für die Jahre 2013 bis 2015.
2. Die entsprechenden Beträge sind in die jährlichen Voranschläge der Jahre 2013 bis 2015 bei der Produktgruppe 1.9 Stadtmarketing aufzunehmen.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

64. Motion M 3/2012 betreffend KEV Überbrückung für erneuerbare Stromproduktion in Thun

Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2012; Beantwortung

Der Stadtratspräsident weist darauf hin, dass die Vorlage nicht motionsfähig ist. Über das Geschäft wird deshalb in Form eines Postulats diskutiert und abgestimmt.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, informiert, dass er erstens kein Projekt in der Stadt Thun in Planung hat und zweitens auf Grossanlagen spezialisiert ist. Er lässt im Raum Thun sowieso der Energie Thun AG den Vortritt.

Der vorliegende Vorschlag wurde in informeller Absprache mit der Energie Thun AG gemacht. Nur 20 % der Kunden beziehen Graustrom, dabei handelt es sich vor allem um Grosskunden. Diese sind preissensitiv. Seit Einreichung des Vorstosses sind die Gestehungskosten für erneuerbar produzierten Strom, vor

allem für Solarstrom, weiter gesunken. Ausserdem hat Bundesrätin Doris Leuthard ihre Energiestrategie vorgestellt, indem sie den Photovoltaikzubau für 2012 bis 2020 auf 50 Megawatt pro Jahr limitiert. Das ist ein Bruchteil des heutigen Zubaus. Damit wird die Warteliste für Photovoltaikanlagen immer länger, die Wartezeit beträgt heute dreieinhalb Jahre und wächst auf über 8 Jahre. Umso wichtiger ist das Anliegen für Produzenten von erneuerbarem Strom. Es ist absehbar, dass sich ein Konsens finden lässt. Die Fraktion unterstützt die Umwandlung in ein Postulat und stimmt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu. Sie stellt dem Gemeinderat aber die Frage, wie der aktuelle Stand bezüglich des Energiefonds der vier Richtplangemeinden ist.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, nimmt zur Kenntnis, dass der Vorstoss nicht motionsfähig ist. Die Fraktion ist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Es ist erfreulich, dass die Förderung erneuerbarer Energie für den Gemeinderat einen solch hohen Stellenwert hat. Ebenso erfreulich ist die Geschäftspolitik der Energie Thun AG in Bezug auf Solarstrom. Es ist der Energie Thun AG zu gönnen, dass die Absatzmenge von Solarstrom deutlich gesteigert werden konnte. Alle Strombezüger sollen sich finanziell an der Energiewende beteiligen. Es freut die Fraktion, dass die weitergehende finanzielle Unterstützung von Produzenten erneuerbarer Energie geprüft wird. Die Fraktion ist auf das entsprechende neue Reglement gespannt. Bis dieses Reglement in Kraft tritt, könnte sich die Fraktion vorstellen, dass die KEV-Überbrückungslösungen von der Energie Thun AG finanziert oder zumindest mit einem finanziellen Beitrag unterstützt werden. Dies ohne die Autonomie der Energie Thun AG in Frage zu stellen, es handelt sich eher um einen unverbindlichen Wunsch. Die Fraktion stimmt der Überweisung als Postulat zu.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, versteht den Unmut über die schleppende Abwicklung der Rückvergütung der kostendeckenden Energieeinspeiseverfügung. Einmal mehr soll in das operative Geschäft der Energie Thun AG politisch eingegriffen werden. Der Gemeinderat zeigt aber, dass ihm die Förderung der Solarenergie ein Anliegen ist. So sollen künftig Anlagen über 10 Kilowatt im Rahmen des überkommunalen Energiefonds unterstützt werden. Das Reglement kommt hoffentlich nächstes Jahr in den Stadtrat. Zu erwähnen ist, dass die Energie Thun AG eine sehr grosszügige Vergütung bei den Anlagen unter 10 Kilowatt leistet, mit 37,7 Rappen belegt sie hier schweizweit einen Spitzenplatz. Auch das ist ein Bekenntnis zu sauberem Strom. Letztlich beurteilt die Fraktion den Vorschlag als unfair. Auch wenn die Summe für den einzelnen Anlagebetreiber wohl tragbar ist, setzt sie ein falsches Signal. Die Fraktion stimmt der Umwandlung und der Überweisung zu.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, wird das Postulat ablehnen. Dies nicht, weil die Fraktion gegen ökologisch produzierten Strom wäre. Im Bericht des Gemeinderats steht, dass die Energie Thun AG bereits heute kleine Photovoltaikanlagen fördert. In einer Pressemitteilung vom 23. Oktober 2012 wird über die Erkenntnisse einer Prüfung des KEV informiert. Man sollte die Vorschriften ändern, damit sich die Wartezeit verkürzt. Gleichzeitig kann man der Studie entnehmen, dass heute 7 % der Gelder in Vollzugskosten investiert werden und damit nicht den Produzenten zugute kommen. 26 bis 33 % der Gesuchstellenden hätten die Anlagen auch ohne Fördergelder gebaut oder saniert. Auch zu berücksichtigen ist, dass man von einer Laufzeit der Anlagen von 25 Jahren ausgeht, die 3 oder 4 Jahre müssen in Relation gesetzt werden. Dem Bericht kann entnommen werden, dass auch regional Massnahmen getroffen werden. Es soll ein überkommunaler Energiefonds eingeführt werden. Stutzig macht, dass der Gemeinderat nicht einverstanden ist, dass die 80 %, welche die Kosten verursachen, diese auch tragen sollen. Schon heute zahlen alle eine Förderabgabe von 9 Rappen pro Kilowattstunde. Es werden momentan genügend Massnahmen geplant und diskutiert, weshalb auf kommunaler Ebene nicht noch weitere Massnahmen geprüft werden müssen.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die detaillierte und seriöse Beantwortung und freut sich, dass der Gemeinderat eine zukunftsweisende und wirkungsvolle Energiestrategie unterstützt. Das zeigt sich unter anderem in der Entwicklung betreffend den überkommunalen Energiefonds. Sicher kann man noch mehr tun, aber die Fraktion findet, dass mit der Abgabe von 3 Rappen pro Kilowattstunde genau diejenigen bestraft würden, die jetzt schon ökologischen Strom beziehen und dafür mehr zahlen als andere. Das ist nicht der richtige Weg. Die Fraktion stimmt für die Umwandlung und die Annahme des Postulats.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die Medienmitteilung des Bundesamts für Energie falsche Zahlen beinhaltet. Ab 2013 wird eine KEV Abgabe von 0,35 Rappen erhoben, nicht 0,9 Rappen. Der „Mitnahmeeffekt“ betrifft von der Anzahl her viele, namentlich Einfamilienhäuser, aber von der Leistung her nicht. Wenn man eine Energiewende will, reicht das nicht.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt dafür, dass die Bestrebungen des Gemeinderats, die Energiewende zu unterstützen, anerkannt werden. Die Frage ist, wie unterstützt werden soll. Auf die Frage von Stadtrat Peter Stutz, wie weit der Energiefonds der Richtplangemeinden ist: Peter Aegerter und Franz Schori haben eigentlich die Antwort vorweg genommen, denn dies wurde in der SAKO besprochen. Der Energiefonds liegt als Konzept vor, man weiss also bereits, was in welcher Form unterstützt werden soll. Es arbeiten vier Gemeinden daran, deshalb ist es ein etwas langwieriger Prozess. Das Reglement wird Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres in allen vier Gemeinden behandelt werden. Diese Konsenspolitik ist Marianne Dumermuth ein grosses Anliegen. Das Reglement muss dann immer wieder aktualisiert werden, damit man sich auf die nationalen und kantonalen Bestrebungen einstellen kann.

Der Rat überweist das Postulat mit 26 : 8 Stimmen.

65. Postulat P 6/2012 betreffend Beitritt der Stadt Thun zum Komitee Mühleberg Verfahren

Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2012; Beantwortung

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, ist der Meinung, dass die Stadt mit einem Beitritt und einem bescheidenen Betrag von 500 Franken ein politisches Signal senden würde, dass die Thuner Bevölkerung auch in dieser Hinsicht in einem sicheren Kanton Bern leben will. Der Gemeinderat macht staats- und verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Darüber muss man sich nicht zu viele Sorgen machen, die Stadt Thun würde nicht vor Gericht gehen. Es geht nur darum, ein Signal der Unterstützung zu senden, so wie das auch 81 andere Organisationen und unzählige Gemeinden wie Genf, Biel und Bern gemacht haben.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, findet es befremdend, den Gemeinderat aufzufordern, in einem laufenden Prozess einem Komitee beizutreten und offensichtlich einen politischen Einfluss geltend zu machen. Das wäre nur möglich, wenn das Volk dies wollte. Die Sache wird nicht auf kommunaler Ebene beschlossen. Des Weiteren erfüllt das Postulat nicht die formellen Anforderungen, ernsthaft in eine Diskussion einzusteigen. Die Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, will sich heute bewusst nicht zum Thema Kernkraft äussern. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, sich in ein hängiges Verfahren einzumischen. Die Haltung des Gemeinderats ist richtig. Es fällt auf, dass auf der Homepage des Komitees eine Mitgliederliste aufgeschaltet ist. Am heutigen Tag sind nicht einmal alle Postulanten als Mitglieder aufgeführt. Nur fünf Einzelpersonen mit Wohnsitz in Thun sind auf der Liste. Immerhin gehören zwei der Mitunterzeichnenden als Mitglieder dem Verein an. Das Anliegen erscheint etwas fadenscheinig. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, hat sich etwas schwer getan mit der sachlichen Begründung des Gemeinderats. Er ist sich nicht so sicher, dass der Richter einen solchen Beitritt als Einmischung oder Beeinflussung wahrgenommen hätte. Das Problem sieht er in der fehlenden Legitimation durch die Bevölkerung. Der Gemeinderat müsste für diesen Schritt vom Volk beauftragt werden. Die Fraktion hat eine gewisse Sympathie für das Vorhaben, wird aber das Postulat ablehnen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Diskussionen zu diesem Thema etwas hitziger geführt werden dürften. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Vorstoss offenbar nicht ganz korrekt formuliert wurde. Den Postulanten geht es nicht darum, das Gericht zu beeinflussen. Es geht einzig darum, dass sich die Stadt Thun dem Komitee der Beschwerdeführenden anschliesst und mit einem symbolischen Beitrag unterstützt. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat mit den Postulanten einig ist, dass das

AKW Mühleberg entweder sicher betrieben oder still gelegt werden muss. Der Gemeinderat hätte Mut zeigen und dem Komitee beitreten können. Selten hat ein Geschäft eine so ausserordentliche Tragweite. Wenn im AKW ein (Super-)GAU passiert, sind alle anderen Geschäfte nämlich nicht mehr nötig. Deshalb muss alles unternommen werden, um einen der ältesten Reaktoren der Welt vom Netz zu nehmen, bevor es zu spät ist. Die Mitgliederliste wurde noch nicht aktualisiert, aber die Stadt Bern ist auch beigetreten. Der Rat ist Vertreter des Volkes und die Thuner Bevölkerung hatte schon mehrmals die Gelegenheit, zu Atomfragen Stellung zu nehmen. Wenn man das Thuner Volk ernst nimmt, muss man heute das Geschäft annehmen.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, stellt die Ernsthaftigkeit des Komitees etwas in Frage. Die Mitgliederlisten werden nicht aktualisiert. Es ist keine einzige Gemeinde der Zone 1 vertreten, von der Zone 2 nur eine verschwindend kleine Anzahl der Gemeinden. Erstaunlich ist ebenfalls, dass die Gemeindepräsidenten der Zone 1 nichts von diesem Komitee wissen. Es stellt sich die Frage, welche Rolle die Stadt Thun in diesem Komitee haben soll. Das AKW Mühleberg setzt alles daran, dass es sicher betrieben werden kann, es werden Investitionen getätigt. Sicherheitssysteme nach den nötigen Standards sind vorhanden. Der Abfall der stromproduzierenden Industrie beläuft sich auf etwa 13 % der hochradioaktiven Abfälle der Schweiz, der Rest stammt aus anderen Industrien wie der Gesundheitsindustrie. Ein Ausstieg ist sicher denkbar, aber nicht bevor Lösungen da sind. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass man die Relationen sehen muss. Es ist immer die Rede von Schrottreaktoren und Fukushima. In Fukushima ist keine Person an den Folgen eines Reaktorunfalls gestorben, sondern 23'000 Personen sind ertrunken. In Fukushima waren nach der Kernschmelze 23 Millisievert im Kühlwasser, etwa die Hälfte an Millisievert hat es im Thermalbad Garmisch Partenkirchen. Die Leute müssen aufgeklärt werden. Wenn es in Mühleberg zu einer Kernschmelze kommt, schmilzt der Reaktor, dann gibt es keine Explosion. In Fukushima hat man aus Kostengründen keine Filter in die Ableitungen eingebaut, im Mühleberg hat man aber diese Filter und die Kühlaggregate sind gesichert. De facto kann das in Mühleberg nicht passieren, etwas mehr Ehrlichkeit in der Kommunikation wäre angebracht. Sogar wenn etwas passieren würde, wäre die Verseuchung rund um Mühleberg minimal. Es gibt keine sicherere und sauberere Energie. Es versteht nur praktisch niemand etwas von Kernspaltung und Radioaktivität. Schweizerische Kraftwerke können nicht explodieren. Vier Sievert sind die letale Dosis; in den Zonen 1 und 2 hätte man bei einem Atomunfall ein paar Millisievert.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, antwortet, dass ja nachgerüstet werden muss, damit nichts explodiert. Über zehn Mitarbeiter sind in Fukushima gestorben. Die Mitgliederliste wird wohl nicht genau nachgeführt. Das „Nie Wieder Atomkraftwerke (NWA) Bern“, wo er Präsident ist, und die Koordination „Mühleberg stilllegen“ sind auf der Liste.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, zu Carlo Schlatter: Tausende Menschen in Tokyo hatten Angst, dass es von Fukushima zu ihnen windet, was zum Glück nicht passiert ist. Wenn AKW-Unfälle nicht schlimm sein sollen, fragt sich, wieso in Tschernobyl und Umgebung bis heute keine Menschen leben.

Der Rat lehnt das Postulat mit 23 : 11 Stimmen ab.

66. Interpellation I 5/2012 betreffend Wertschriftendepot der städtischen Pensionskasse bei der Bank Pictet in Genf

SP-Fraktion vom 7. Juni 2012; Beantwortung

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass sich gemäss Auskunft der Bank in der Zwischenzeit nichts Neues ergeben hat. Die Bank könnte allenfalls als Zeuge befragt werden. Die Sonntagszeitung hat Fehler in ihrer Berichterstattung zugegeben und der entsprechende Artikel wurde vom Internet genommen.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, ist zufrieden und wünscht keine Diskussion.

Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

Eingänge

- Postulat betreffend Erstellung eines städtischen Konzepts Langsamverkehr; SP-Fraktion und Fraktion Grüne vom 25. Oktober 2012
- Postulat betreffend Brennstoffzellen-Hybridbusse, Versuchsbetrieb der STI; Fraktion Grüne und SP-Fraktion vom 25. Oktober 2012
- Postulat betreffend faire Abgaben auf Strom für alle Thuner; FDP- und SVP-Fraktion vom 25. Oktober 2012

Der Stadtratspräsident

Der Vizestadtschreiber

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger